

<http://www.derwesten.de/nachrichten/Millionen-Verrat-bei-Landesarchiv-Bau-id3875029.html>

Skandal

Kommentare: 46

Trackbacks: 1

Millionen-Verrat bei Landesarchiv-Bau?

Nachrichten, 26.10.2010, Stefan Endell



Spatenstich am 12. April im Duisburger Innenhafen: Damals war die Welt noch in Ordnung. Foto: Stephan Eickershoff/WAZ FotoPool

Duisburg. Der umstrittene Bau des Landesarchivs NRW in Duisburg wird zum Fall für die Korruptionsermittler der Staatsanwaltschaft Wuppertal. Es geht um den Verdacht von Insider-Geschäften mit mehr 20 Millionen Euro Schaden für das Land NRW.

Der Skandal um den Bau des Landesarchivs NRW in Duisburg weitet sich aus. Nun ermittelt die Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wuppertal für Korruptionsdelikte. Es geht um den Verdacht auf Geheimnisverrat, auf Untreue und Betrug. Kurz gesagt soll ein Insider aus dem Kreis der Kommune die Absicht des Landes, ein Grundstück im Duisburger Hafen zu kaufen, an einen privaten Investor verraten und damit den Staat um mehr als 20 Millionen Euro geschädigt haben. Das Land wollte auf diesem Grundstück sein Archiv bauen.

Brisante Details

Die Geschichte beginnt an einem Montag kurz vor der NRW-Landtagswahl im Duisburger Innenhafen. Der damals noch amtierende Ministerpräsident Jürgen Rüttgers vollzog den ersten Spatenstich für das Landesarchiv NRW, das dort, an Duisburgs feiner Wassermeile, entstehen soll. Stattliche 160 Millionen Euro wird die Umwandlung eines alten Kornspeichers in ein modernes Gebäude kosten.

Während man auf der Baustelle noch feierte, wurde zur gleichen Zeit, fünf Kilometer entfernt bei der Staatsanwaltschaft in Duisburg-Neudorf, eine umfangreiche Strafanzeige eingereicht, die sich mit dem gleichen Thema befasst. Absender der Anzeige: Ein privater Ermittler, der bei seiner Arbeit auf brisante Details gestoßen war. Durch eine Reihe von Kaufverträgen, die der Staatsanwaltschaft und auch dieser Zeitung vorliegen, werde der Verdacht erhärtet, dass ein Staatsdiener durch Geheimnisverrat dabei geholfen habe, das Land zu schädigen, schreibt der Ermittler.

Und zwar sei dem Essener Projektentwickler Kölbl & Kruse verraten worden, welches Grundstück das Land kaufen wolle, um dort das Archiv zu bauen. Dem Projektentwickler sei es so ermöglicht worden, dem Land das Grundstück samt dazugehörendem Speicher vor der Nase wegzuschnappen, glaubt der Ermittler. Später hätten Kölbl & Kruse dem Land das Objekt zu einem Vielfachen des Einkaufspreises verkauft. Der entstandene Schaden liege bei rund 25 Millionen Euro, schloss der private Ermittler.

Trickserei beim Grundstücksdeal

Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat den Fall nach Wuppertal weitergeleitet. Die Ermittler dort sind Fachleute für komplexe Wirtschaftsstraftaten. Sobald sich der Sachverhalt verdichten würde, könnte

das Verfahren gegen konkrete Personen eröffnet werden, heißt es dort.

Der Blick ins Detail zeigt, wie brisant der Fall ist. Der Speicher wurde im Frühsommer 2007 für 3,85 Millionen und im Spätsommer 2008 dann für 21,6 Millionen an das Land NRW – und damit an den Steuerzahler – weitergereicht. Dabei hätte das Land gerne selber den Speicher preiswert gekauft.



Der ehemalige NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Duisburgs OB Adolf Sauerland beim Spatenstich für das Landesarchiv.

Am 31. Januar 2007 kam in der Düsseldorfer Staatskanzlei eine vertrauliche Gesprächsrunde zusammen: Gemeinsam mit dem damaligen NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) beschließen der damalige Kultur-Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (CDU), der Chef des landeseigenen Baubetriebes Ferdinand Tiggemann sowie Duisburgs OB Adolf Sauerland (CDU) und eine Handvoll weiterer Teilnehmer, das neue Landesarchiv in Duisburg am Innenhafen auf dem Gelände des alten denkmalgeschützten Getreide-Speichers zu errichten. Der Deal soll schon zwei Tage später beim Notar für zwei Millionen Euro perfekt gemacht werden. Laut Plan sollte die Stadt den Speicher kaufen und ihn danach an das Land weiterreichen.

Doch es kam anders. Kurzfristig wurde der Notar-Termin mit der öffentlichen Hand abgesagt. Schnell wird klar warum: Der Grundeigentümer wollte sein Objekt nicht mehr der Stadt und dem Land für vergleichsweise bescheidene zwei Millionen Euro übertragen, sondern verkaufte es lieber an Kölbl & Kruse für 3,85 Millionen Euro.

OB Sauerland im Zwielficht

In der Staatsanwaltschaft brütet man über einen Brief, den Stefan Kölbl am 31. Januar, am Tag der vertraulichen Runde in der Staatskanzlei, geschrieben hat: Aus diesem geht hervor, dass „in Gesprächen mit Herrn Sauerland uns von diesem bestätigt wurde, dass einem Grundstückserwerb – auch in Bezug auf das bestehende Vorkaufsrecht – keine Hinderungsgründe entgegenstehen. Herr Sauerland selber riet uns zu einem kurzfristigen Notartermin.“

Wieso empfiehlt hier OB Sauerland den privaten Investoren einen Notartermin zum Grundstückserwerb, wenn er doch in der Staatskanzlei erklärt, die Stadt Duisburg werde den Speicher kaufen? Wie kann man den Widerspruch aufklären? Der Sprecher des Duisburger Oberbürgermeisters lehnte eine Antwort auf diese Frage ab.

Es bleibt festzuhalten, dass zumindest der Notartermin mit dem Land abgesagt wurde. Stattdessen hat die Essener Kölbl & Kruse den begehrten Duisburger Kornspeicher in Besitz genommen.

Das Millionengeschäft

Von da an wurde es für den Steuerzahler teuer. Zunächst versuchte das Land statt mit dem eigenen Baubetrieb das Landesarchiv NRW mit Kölbl & Kruse zu errichten. Für einen Spottpreis von 765.000 Euro verkaufte die Stadt Duisburg den Essener Entwicklern fehlendes städtisches Gelände rund um den Speicher, und das Land einigte sich mit den Essenern auf einen langfristigen Mietvertrag zur Nutzung des Archivgebäudes. Doch es funktioniert nicht. „Kölbl wollte vom Land zu viel Miete“, berichtet ein Beobachter.

Die Landesverwaltung zog die Notbremse. Und kaufte Kölbl und Kruse sowohl den Speicher, das Grundstück und den Mietvertrag und alle sonst noch investierten Leistungen ab. Für 21,6 Millionen. Den Verzicht auf den mit dem Land geschlossenen Mietvertrag ließen sie sich noch einmal mit 8,3 Millionen extra vergüten.

Wenn Häuslebauer so vorgehen wie das Land müssten sie „schneller Insolvenz anmelden, als sie das Wort Insolvenzantrag aussprechen können“, sagt Bärbel Hildebrand vom Bund der Steuerzahler.